

## **Anke Schneider Die Linke**

56 Jahre alt, zwei erwachsene Kinder, ein Enkel

seit 1995 in Braunschweig

Diplom-Mathematikerin, Angestellte mit Vollzeit-Job

Betriebsrätin, Mitglied der Gewerkschaft ver.di,

seit 1990 Mitglied der PDS, ab 2007 dann DIE LINKE

verschiedene Parteiämter auf Kreis- und Landesebene

seit über 20 Jahren Kuba-Solidarität

seit 2016 für DIE LINKE im Rat der Stadt Braunschweig mit den Aufgabengebieten Stadtplanung, Klima- und Umweltschutz, Verkehrspolitik, Integration, Stadtgrün

Ich kandidiere als Oberbürgermeisterin, weil ich mich für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen möchte. Mein Ziel ist es, dass jede und jeder in unserer Stadt in Würde, gleichberechtigt und gut leben kann – unabhängig von ihrer/seiner Herkunft, seinem Geschlecht, seiner Hautfarbe, seiner sexuellen Orientierung, möglicherweise seiner Behinderung, aber auch unabhängig von seiner Einkommenssituation und seinem Bildungsstand. Das verstehe ich unter einer solidarischen Stadt.

Dafür brauchen wir wieder mehr bezahlbaren Wohnraum. niemand darf aufgrund von Mieterhöhungen gezwungen werden sein gewohntes Wohnumfeld oder gar die Stadt zu verlassen. Die Stadt muss Bauland selbst entwickeln, anstatt die zu verkaufen, und die städtische Gesellschaft Nibelungen Wohnbau wieder stärken. Die Quote für den sozialen Wohnungsbau muss erhöht werden. Die Verdrängung von Mieter:innen bei Sanierungen soll durch Milieuschutzsatzungen verhindert werden.

Chancengleichheit für alle Kinder! Wir brauchen mehr Integrierte Gesamtschulen. In Schulen und Kitas muss mehr investiert und die Ganztagsbetreuung ausgebaut werden. Auch Kitas und Schulkindbetreuung müssen gebührenfrei sein, alle Kinder in Kitas und Schulen sollten ein kostenloses Mittagessen erhalten.

Wir müssen massiv in den Klimaschutz investieren. Das fängt beim Verkehr an – wir brauchen einen leistungsfähigen, bezahlbaren ÖPNV, am besten zum Nulltarif, und bessere Bedingungen für den Radverkehr, Sharing-Angebote, damit mehr Menschen bereit sind, auf ein eigenes Auto zu verzichten. Zum Klimaschutz gehören auch eine substantielle Beschleunigung des Photovoltaik-Ausbaus, bessere energetische Standards für Neubauten und die Förderung der energetischen Gebäudesanierung – aber nicht zulasten der Mieter:innen. Und wir brauchen eine Baumschutzsatzung.

Privatisierungen von Einrichtungen der Daseinsvorsorge wird es mit mir auf keinen Fall geben – auch keine Public Private Partnership Projekte. Mein Ziel ist eine Rekommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung, der Abfall- und Abwasserentsorgung, der Stadtreinigung.

Ich möchte mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten für die Einwohnerinnen und Einwohner schaffen.